



Nations Unies

Conférence sur les Changements Climatiques 2015

COP21/CMP11

Paris Agreement



Profil 21

BEWERTUNG

# Das Pariser Klimaabkommen

Auftrag für eine klimagerechte Zukunft

## **Impressum**

### **Herausgeber**

Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst  
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.  
Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin  
Telefon: +49 (0)30 65211 0  
kontakt@brot-fuer-die-welt.de  
www.brot-fuer-die-welt.de

**Autoren** Heinz Fuchs, Thomas Hirsch, Joachim Fünfgelt,  
Sabine Minninger, Ulrike Schumacher, Sophia Wirsching,  
Eike Zaumseil, Annegret Zimmermann

**Redaktion** Maïke Lukow

**Layout** János Theil

**V.i.S.d.P.** Klaus Seitz

**Fotos** Jörg Böthling (S. 13), Sabine Minninger (S. 14),

Robert Pohle (Urkundengestaltung S. 17)

Ulrike Schumacher (Titel, S. 6/7, 10, 15)

**Druck** dieUmweltDruckerei GmbH, Hannover

Gedruckt auf Recycling-Papier

**Art. Nr.** 129 700 370

### **Spenden**

Brot für die Welt

Kontonummer: 500 500 500

Bank für Kirche und Diakonie

BLZ: 1006 1006

IBAN: DE10100610060500500500

BIC: GENODED1KDB

Berlin, März 2016

# Inhalt

Einleitung	4
<b>Kapitel 1: Der neue Klimavertrag im Überblick</b>	<b>5</b>
<b>Kapitel 2: Im Fokus</b>	<b>9</b>
2.1 Globale Energiewende und Armutüberwindung kombinieren	9
2.2 Klimabedingte Schäden und Verluste	10
2.3 Klimabedingte Flucht	12
2.4 Menschenrechte	13
2.5 Landwirtschaft: Ernährung sichern, Emissionen mindern, CO <sub>2</sub> -Senken schaffen	14
2.6 Und der internationale Luft- und Schiffsverkehr?	15
<b>Kapitel 3: Die Umsetzung des Paris- Abkommens - Was jetzt wichtig wird</b>	<b>17</b>

## Einleitung

„Es ist nur ein kleiner Hammer, aber ich glaube, er kann eine große Aufgabe erledigen.“ Mit diesen Worten ließ Laurent Fabius, Präsident der 21. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention und damals französischer Außenminister, am Abend des 12. Dezember 2015 in Paris seinen Hammer fallen. Der bereits legendär gewordene grüne Hammer gab das Zeichen, dass alle 195 Vertragsstaaten den neuen Klimavertrag angenommen haben.

Nahezu einhellig begrüßten die Staats- und Regierungschefs das neue Klimaabkommen, an dessen Zustandekommen Politiker wie Xi Jinping (China), Narendra Modi (Indien) oder Barack Obama (USA) persönlich Anteil trugen. Der Vertrag ist auch als großer Erfolg französischer Diplomatie zu bewerten. Laurent Fabius bezeichnet die Verhandlungen als „schönste und friedlichste aller Revolutionen, die Paris je gesehen hat“. Nach dem großen Misserfolg der Klimaverhandlungen in Kopenhagen, wo 2009 der erste Versuch scheiterte, ein globales Klimaabkommen zu vereinbaren, wurde nun im Dezember ein auch von der Zivilgesellschaft mehrheitlich als historisch bewerteter klimapolitischer Meilenstein beschlossen.

Weltweit wird das Abkommen als klimapolitischer Durchbruch gefeiert. Der britische Guardian bezeichnete es als den „Anfang vom Ende der Ära fossiler Energien“. Auch The Economist spricht von einer bislang nicht dagewesenen politischen Aufmerksamkeit für die Risiken des Klimawandels durch das Abkommen. Und die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua bezeichnet es als „süßen Sieg für China“, an dessen Zustandekommen das Land beträchtlichen Anteil gehabt habe.

Allerdings: Beschlüsse auf Papier allein genügen nicht, um die Welt vor dem Klimawandel und seinen verheerenden Folgen auf Menschen und Umwelt zu schützen. Die Zusagen, zu denen die Staaten bislang bereit gewesen sind, reichen weder, um das vereinbarte Temperaturziel einzuhalten, noch um die erforderlichen Anpassungsmaßnahmen zu finanzieren. Mit dem Pariser Abkommen aber ist eine richtungweisende Entscheidung getroffen und bereits notwendige Instrumente zur schrittweisen Umsetzung benannt. Daher, so Brian Deese, Berater von Barack Obama, „werde das Abkommen massive Investitionen in saubere Energien auslösen, während Kohle, Öl und Gas ihre Wettbewerbsfähigkeit verlieren“. Der neue Klimavertrag hält alle Staaten dazu an, bis zum Jahr 2020 nationale Pläne vorzulegen,

wie eine treibhausgasarme Entwicklung in den nächsten 30 Jahren aussehen kann. Diese Strategiefindung auf nationaler Ebene bietet auch für zivilgesellschaftliche Organisationen gute Chancen, sich einzubringen und eine breite öffentliche Debatte über eine klimagerechte Zukunft anzuregen.

Das Pariser Abkommen ist auch als Zeichen der Solidarität mit den armen und vulnerablen Staaten zu sehen: Es erkennt die gemeinsame Verantwortung für die Minderung von Klimarisiken an, will die Zusammenarbeit verstärken und die Klimaresilienz und Teilhabe finanzschwacher Länder fördern, damit auch sie wirtschaftlich von der Umstellung auf nachhaltige Entwicklung profitieren. Somit steht das Abkommen für Transformation und reicht weit über ein Klimaschutzabkommen hinaus.

In Paris konnte die Zweiteilung der Welt in Industrieländer *mit* und Entwicklungsländer *ohne* klimapolitische Pflichten endlich überwunden werden. Diese Spaltung wurde der globalen Wirklichkeit längst nicht mehr gerecht. Dadurch, dass nun alle Staaten gleichermaßen in die Pflicht genommen werden, eröffnet sich die Chance einer dynamischeren Verteilung von Verantwortung – und damit von mehr Klimagerechtigkeit.

## Kapitel 1

# Der neue Klimavertrag im Überblick

Das **Abkommen**, um das so intensiv die letzten Jahre gerungen wurde, ist nur zwölf Seiten lang. Auf die Präambel mit den Grundprinzipien folgen 14 Artikel mit den Vertragszielen und -pflichten sowie weitere 15 Artikel mit Durchführungsbestimmungen und der Regelung institutioneller Zuständigkeiten. Der Vertrag ist langfristig ausgerichtet, universell gültig und völkerrechtlich bindend. Er beinhaltet erstmals Pflichten für alle Staaten für die Zeit ab dem Jahr 2021, wobei das Niveau der nationalen Klimaziele von jedem Land selbst festgelegt wird. Er tritt in Kraft, sobald mindestens 55 Prozent der Staaten, die gemeinsam mindestens 55 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verursachen, das Abkommen ratifiziert haben. Der Ratifizierungsprozess soll im April 2016 mit einer Zeichnungskonferenz in New York im Beisein des UN-Generalsekretärs feierlich eröffnet werden.

Angenommen wurde das Abkommen von der Vertragsstaatenkonferenz in Paris gemeinsam mit einer 19-seitigen **Entscheidung**, die in 140 Paragraphen zahlreiche Vorgaben, Fristen und Verfahren beinhaltet, die von den Vertragsstaaten zu erfüllen sind, damit das Abkommen seine Wirkung entfalten kann. Der Entscheidungsvertrag muss überwiegend vor 2020 umgesetzt werden und bestimmt somit weitgehend die Tagesordnung der nächsten Klimakonferenzen. Hier wird sich zeigen, wie ambitioniert die Staaten das Pariser Abkommen umsetzen, das einigen Spielraum für Interpretationen bietet.

Die folgende Übersicht beinhaltet die wichtigsten **Elemente** des Abkommens und der Entscheidung - verbunden mit einer kurzen Bewertung.

Die **Präambel** stellt die Bezüge zur Klimarahmenkonvention her und beinhaltet die Prinzipien des Abkommens: wissenschaftsbasiertes Handeln, Solidarität mit den besonders vulnerablen Staaten, die Wechselwirkungen zwischen Klimawandel und Armutsüberwindung, die Wahrung von Ernährungssicherheit, die Verpflichtung auf die Menschenrechte in ihrer ganzen Breite ebenso wie auf Klima-, Geschlechter- und Generationengerechtigkeit, sowie ein Bekenntnis zur Bedeutung nachhaltiger Lebensstile und Konsummuster. Die Präambel zeugt somit von einem transformativen Entwicklungsverständnis. Der Vergleich mit der Präambel der Klimarahmenkonvention verdeutlicht eindrucklich, wie viel sich seit 1992 getan hat.

Der **Zweck** des Abkommens, die Umsetzung der Klimarahmenkonvention, ist als dreifaches **Ziel (Artikel 2)** formuliert.

Die Begrenzung der globalen Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius gegenüber vorindustrieller Zeit, verbunden mit dem Bemühen, 1,5 Grad Celsius nicht zu überschreiten (letzteres um „Klimarisiken und negative Folgen signifikant zu verringern“), die Verbesserung der Fähigkeiten zur Klimaanpassung und Stärkung der Klimaresilienz, insbesondere bei der Erzeugung von Nahrungsmitteln, sowie die Ausrichtung der internationalen Finanzströme auf eine treibhausgasarme, widerstandsfähige Entwicklung.

Diese Ziele sollen gerecht, unter Berücksichtigung des Prinzips gemeinsamer, aber differenzierter Verantwortung und Fähigkeiten sowie im Lichte sich verändernder nationaler Umstände erreicht werden.

Aus Sicht von Brot für die Welt sind diese Ziele ambitioniert und ausgewogen. Die explizite Nennung der 1,5 Grad-Temperaturgrenze unter Verweis auf die erhöhte Zunahme des Risikos bei deren Überschreitung ist ein Erfolg der vulnerablen Länder und setzt vor allem die Industrieländer und andere Großemittenten unter Druck, mehr und schnelleren Klimaschutz zu leisten. Gerade das mit den vulnerablen Staaten in der „High Ambition Coalition“ verbündete Deutschland sowie die EU müssen jetzt sicherstellen, dass sie ihre Klimaziele für 2020/2030 erreichen beziehungsweise nachschärfen.

Die langfristige Stärkung der Klimaresilienz als festgeschriebenes Ziel schafft Vertrauen, dass niemand in der Klimakrise allein gelassen wird. Stattdessen sollen erforderliche Anpassungsanstrengungen, etwa im Ernährungsbereich, gemeinsam erbracht werden.

Das dritte Ziel, die Ausrichtung globaler Finanzströme hin zu einer klimaresilienten und treibhausgasarmen Entwicklung richtet sich auf das globale Wirtschafts- und Finanzsystem. Auch wenn die Formulierung ungenau ist - mit diesem Ziel gibt das Abkommen ein klares Zeichen an die Finanzmärkte, dass eine tiefgreifende Veränderung globaler Investitionsströme („Shifting the trillions“) bevorsteht.

Das Dreifach-Ziel macht deutlich: Das Pariser Abkommen befasst sich anders als sein Vorgänger, das Kyoto-Protokoll, nicht allein mit Klimaschutz. Es erhebt den Anspruch, die sektorale Nische zu verlassen und die Weichen für eine sozial-ökologische Transformation hin in eine klimagerechte Welt zu stellen.

Die **Verbindung** zwischen dem **völkerrechtlich bindenden Abkommen** und den **national festgelegten Beiträgen zum Erreichen der Klimaziele** (Nationally Determined Contributions, NDCs) wird in **Artikel 3** des Klima-



Laurent Fabius, COP 21-Präsident, und Christiania Figueres, Leiterin des Klimasekretariats der UN, eröffnen die COP 21 in Paris. 195 Staaten einigten sich auf dem Klimagipfel auf das völkerrechtlich verbindliche Klima-Abkommen.

vertrags so geregelt, dass die Länder ihre Beiträge zwar selbst bestimmen („bottom up“), jeder Vertragsstaat aber gehalten ist („top down“), in Übereinstimmung mit den vereinbarten Prinzipien den größtmöglichen Beitrag zum Erreichen der gemeinsamen Vertragsziele in puncto Klimaschutz, Klimaanpassung, solidarischer Klimafinanzierung, technologischer Zusammenarbeit und Kapazitätsentwicklung zu erbringen. Hierbei müssen die Länder die fünfjährige Verpflichtungs- und Berichtsperioden beachten, ihre Ziele möglichst dynamisch erhöhen, nicht hinter bereits eingegangene Klimaschutzverpflichtungen zurückfallen, die gemeinsamen Regeln zu Transparenz und Rechenschaftslegung einhalten und allen weiteren Berichtspflichten nachkommen, die das Abkommen enthält. Die **Treibhausgasminderung**, die erforderlich ist, um die Temperaturobergrenze als Langfristziel zu erreichen, wird in **Artikel 4** weiter spezifiziert. Demnach verpflichten sich die Staaten, „den globalen Höhepunkt der

Treibhausgasemissionen so schnell wie möglich zu erreichen“, um die Emissionen danach schnell und in Übereinstimmung mit dem Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis so zu reduzieren, dass in der zweiten Jahrhunderthälfte nicht mehr Treibhausgase freigesetzt werden als in natürlichen Senken wie den Meeren, Wäldern und Böden gespeichert werden können.

Weiter verpflichten sich die Staaten, ihre nationalen Klimaschutzziele zu verschärfen und darüber Rechenschaft abzulegen. Industrieländer haben eine besondere Verantwortung für den Klimaschutz, andere große Emittenten sollen aber ebenfalls zunehmend Verantwortung und dieselben Berichtspflichten übernehmen. Die am wenigsten entwickelten Länder und kleinen Inselstaaten erhalten längere Übergangsfristen.

Aus Sicht von Brot für die Welt reichen die Bestimmungen des Abkommens nicht aus: Eine ausdrückliche Verpflichtung auf die Dekarbonisierung des Energiesek-

tors unter Nutzung erneuerbarer Energien bis 2050 wäre nötig. Die im Artikel 4 benannte Treibhausgasneutralität bietet dafür zumindest eine gute Grundlage. Um eine 50-prozentige Chance zu wahren, die globale Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, müssen die Netto-Treibhausgasemissionen so schnell wie möglich, spätestens zwischen 2060 und 2080, bei Null liegen. Das bedeutet zwangsläufig, dass der Energiesektor bis 2050 vollständig dekarbonisiert werden muss.

Mit **Artikel 7** ist die Klimaanpassung auf Augenhöhe im Abkommen verankert. Er erklärt den „Ausbau der Anpassungskapazität, die Stärkung der Resilienz und die Verminderung von Vulnerabilität“ zum gemeinsamen globalen Ziel. Alle Staaten sind aufgefordert, Klimaanpassungspläne zu entwickeln und diese in relevante Politikfelder zu integrieren. Besonders werden dabei die Bedeutung von Subsidiarität, die Priorisierung vulnerabler Gruppen, Partizipation, Gender-Sensitivität und tradiertes Wissen hervorgehoben. Entwicklungsländer sollen bei der Stärkung von Klimaresilienz dauerhaft und zunehmend gefördert werden. Im Rahmen der regelmäßigen globalen Bestandsaufnahme wird sowohl die Angemessenheit als auch die Wirkung der ergriffenen Maßnahmen und Förderungen überprüft.

Brot für die Welt begrüßt die starke Aufwertung von Klimaresilienz im Pariser Abkommen. Das verpflichtet die Staaten, die Ärmsten und Verletzbarsten besser gegen Klimarisiken zu schützen und sichert vulnerablen Ländern zugleich die Förderung durch die internationale Gemeinschaft zu.

**Artikel 8** erkennt **klimabedingte Schäden und Verluste** als große Herausforderung und gemeinsame Verantwortung an. Das Abkommen stärkt hierfür die institutionelle Rolle des Internationalen Warschau-Mechanismus (WIM) und die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen innerhalb und außerhalb der Klimarahmenkonvention.

**Klimafinanzierung (Artikel 9), Technologietransfer (Artikel 10) und Kapazitätsaufbau (Artikel 11)** bilden einen **Solidarpakt**, um Entwicklungsländer bei der Umsetzung des Abkommens zu unterstützen. Das Abkommen sieht eine dauerhafte, bedarfsorientiert zunehmende, vorhersagbare, überprüfbare, besser koordinierte und kooperative Unterstützung vor. Hiermit verbunden sind erstens klare Pflichten für die Industrieländer und zweitens eine, allerdings schwacher formulierte, Erwartungshaltung gegenüber anderen wirtschaftlich aufstrebenden Staaten, künftig stärker – und vorerst frei-

willig – zur Finanzierung des Solidarpaktes beizutragen. Klimaschutz und Klimaanpassung sollen dabei gleichermaßen gefördert werden und die Industrieländer verpflichten sich zur regelmäßigen und transparenten Rechenschaftslegung. Der bereits in Kopenhagen seitens der Industrieländer zugesagte Betrag von 100 Milliarden US-Dollar jährlich zur Unterstützung der Entwicklungsländer findet sich nicht im Abkommen, jedoch als Untergrenze der kollektiven Förderung seitens der Industrieländer in der dazugehörigen **Entscheidung in Paragraph 54**. Die Industrieländer beabsichtigen, „mindestens diesen Betrag bis 2025 weiter zu erbringen“, wie es dort etwas schwammig heißt. Ebenso wenig präzise sind die Transparenzvorgaben und darüber hinaus fehlt ein klarer Aufwuchspfad für die 100 Milliarden US-Dollar bis 2020. Weder im Abkommen noch in der Entscheidung gibt es weitere Ausführungen zu dem erwähnten Langfristziel, die Finanzmärkte auf eine klimaresiliente, treibhausgasarme Entwicklung auszurichten. Zu stark



Wir haben nur einen Planeten – In diesem Bewusstsein setzt sich Brot für die Welt seit vielen Jahren für eine ambitionierte Klimapolitik zum Wohle der vom Klimawandel am stärksten Betroffenen ein.

waren hier die Widerstände. So ließen sich weder eine Verpflichtung zum Subventionsabbau für fossile Energieträger noch Förderziele für erneuerbare Energien durchsetzen. Dass es bedauerlicher Weise nicht gelungen ist, Ölstaaten und Schwellenländer in die finanzielle Pflicht zu nehmen, hat mit dazu beigetragen, dass auch die finanziellen Verpflichtungen der Industrieländer hinter dem Möglichen und Nötigen zurückgeblieben sind. Spätestens bei der erneuten Festsetzung eines kollektiven Finanzierungsziels für die Zeit ab 2025, welche **Paragraph 54** der Entscheidung vorsieht, wird die Frage des Beitrags reicher „Entwicklungsländer“ wie Singapur oder Katar erneut aufkommen.

Da die bislang vorgelegten Zusagen der Vertragsstaaten weder bei der Emissionsvermeidung noch bei der Bewältigung von Klimarisiken und der Klimafinanzierung ausreichen, die Emissionslücke, die Risikolücke und die Finanzierungslücke zu schließen, ist der in Paris beschlossene **Mechanismus** zur regelmäßigen **kollektiven Bestandsaufnahme (Artikel 14)** und schrittweisen **Steigerung der nationalen Beiträge (Artikel 4)** das eigentliche **Herzstück des Abkommens**. Die kollektive Überprüfung der Umsetzung des Pariser Abkommens im 5-Jahreszyklus verbunden mit der Staatenpflicht, ebenfalls alle fünf Jahre die eigenen Klimaziele nachzuschärfen, soll in kleinen Schritten zum Ziel führen.

Der **Ambitionsmechanismus** stellt das wesentliche Bindeglied zwischen internationalen Vertragspflichten und national bestimmten Beiträgen zur Erreichung des gemeinsamen Ziels dar. Erstmals gibt es durch die gemeinsame Bestandsaufnahme und die nachgeschaltete Anhebung der nationalen Ziele einen Hebel, die Klimaaktionspläne der Staaten besser zu synchronisieren und die Zusammenarbeit zu fördern. Eine erste Bestandsaufnahme erfolgt bereits 2018 (**Entscheidung, Paragraph 20**), gefolgt von der Einreichung der nationalen Aktionspläne bis 2020 für die Jahre 2021 bis 2025. Die nächste reguläre, kollektive Bestandsaufnahme ist für 2023 vorgesehen, gefolgt von der Neuauflage der nationalen Klimaziele in 2025 für die kommenden fünf Jahre (**Entscheidung, Paragraph 23-24**). Darüber hinaus sind alle Staaten aufgefordert, bis 2020 ihre Langfriststrategien bis zur Jahrhundertmitte vorzulegen (**Entscheidung, Paragraph 36**).

Wie gut der Ambitionsmechanismus sein Ziel erreicht, hängt neben politischem Willen und wirtschaftlichen Anreizen auch davon ab, ob verlässliche Daten, Transparenz und Vergleichbarkeit gegeben sind und ob

eine Rechenschaftslegung erfolgt, die überprüfbar ist und es erlaubt, Wirkung zu messen. **Messung, Berichterstattung und Verifizierung (MRV)** sind in **Artikel 13** als fundamentale Grundlage von Vertrauen zwischen Vertragsstaaten und Schutz gegen Trittbrettfahrer geregelt. Auf den Erfahrungen mit der Klimarahmenkonvention und dem Kyoto-Abkommen aufbauend wird erstmals vereinbart, ein ausgeweitetes, nationale Maßnahmen ebenso wie deren internationale Unterstützung abdeckendes, Transparenz-Regelwerk aufzubauen. Dabei solle es sich um ein Regelwerk handeln, das die bislang zementierte Unterscheidung in Regeln für Industrie- und Entwicklungsländer zugunsten von höherer Transparenz und Vergleichbarkeit - und somit Vertrauen - beendet. Entwicklungsländer können jedoch Flexibilität, Übergangsfristen und Unterstützung beim Aufbau entsprechender Kapazitäten beanspruchen. Industrieländer müssen wiederum künftig auch transparenter über ihre erbrachten Unterstützungsleistungen berichten.

Transparenz ist nach Auffassung von Brot für die Welt eine unverzichtbare Grundlage für eine vertrauensvolle internationale Zusammenarbeit. Das Pariser Abkommen schafft diesbezüglich die Voraussetzungen, lässt die technischen Details und Durchführungsbestimmungen aber offen. Deren ambitionierte Ausgestaltung vor Inkrafttreten des Abkommens erfordert daher hohe Aufmerksamkeit - vor allem mit Blick auf den Kapazitätsaufbau (**Entscheidung Paragraph 85-86**), Ausnahmen (**Paragraph 90-91**) sowie MRV-Modalitäten und -Verfahren (**Paragraph 92-99**).

## Kapitel 2

# Im Fokus

### 2.1 Globale Energiewende und Armutsüberwindung kombinieren

Artikel 4 des Pariser Abkommens verpflichtet die Staaten völkerrechtlich bindend auf einen Klimaschutzpfad, der in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts zu Treibhausgasneutralität führen soll. Das bedeutet, dass nicht mehr Treibhausgase emittiert werden dürfen, als in Meeren, Böden und Pflanzen natürlich gespeichert werden kann beziehungsweise künstlich deponiert wird (CCS – Carbon Capture & Storage).

Damit schließt das Abkommen sogenannte Geo-Engineering-Lösungen wie die Deponierung von Kohlendioxid im Untergrund nicht aus. Brot für die Welt und die große Mehrheit der Zivilgesellschaft stehen CCS jedoch sehr kritisch gegenüber. Mit der Abscheidung und Lagerung von Kohlendioxid sind erhebliche Risiken verbunden. Zudem dient CCS letztlich nur dazu, den Kohleausstieg weiter hinauszuzögern. Es spricht derzeit ohnehin vieles dafür, dass sich die CCS-Technologie aufgrund ihrer hohen Kosten gegenüber den immer billiger werdenden erneuerbaren Energien nicht durchsetzen wird. „100 Prozent erneuerbare Energien für alle“ scheint hingegen immer deutlicher als greifbare Zukunftsvision. Anders ist das Ziel des Pariser Abkommens, den Temperaturanstieg auf unter 2 Grad Celsius und wenn möglich auf 1,5 Grad zu begrenzen (Artikel 2), gar nicht zu erreichen.

Die Empfehlungen des Weltklimarates IPCC sind eindeutig: Zwischen 2060 und 2080 müsse die Erde treibhausgasneutral werden, um die Pariser Temperaturziele noch zu erreichen. Der Energiesektor müsse bereits bis spätestens 2050 ohne fossile Energieträger auskommen. Es ist als großer Erfolg von Paris zu werten, dass dem wissenschaftlichen Erkenntnisstand in dem Abkommen hohe Bedeutung beigemessen wird. In der Präambel heißt es beispielsweise, dass die Klimaschutzziele dem wissenschaftlich als notwendig erkannten Stand entsprechen sollen. Und Artikel 14.1 bestimmt, dass die Überprüfung, bei der alle fünf Jahre begutachtet wird, ob die Umsetzungsmaßnahmen zur Begrenzung der globalen Erwärmung ausreichend sind, ebenfalls im Lichte der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse zu erfolgen habe.

Diese ambitionierten Klimaschutzziele gilt es nun umzusetzen. Insbesondere im Energiesektor gibt es keine Zeit mehr zu verlieren, denn die Entscheidungen von Politik und Investoren von heute wirken auf einen sehr

langen Zeitraum. Kohlekraftwerke haben zum Beispiel eine Laufzeit von 40 bis 50 Jahren. Deren Neubau ist mit der Umsetzung des Paris-Abkommens nicht vereinbar. Der Ausstieg aus der Kohleverstromung muss überall auf der Welt auf die politische Tagesordnung. Auch Deutschland ist gefordert, jetzt mit der Gestaltung eines sozialverträglichen Kohleausstiegs zu beginnen.

Die Herausforderung der globalen Energiewende ist groß. Denn es geht nicht nur darum, wie in Deutschland bestehende Kapazitäten von Kohle auf erneuerbare Energien umzustellen. Auch der wachsende Energiehunger der Welt muss gestillt werden. Der globale Energiebedarf wird laut Schätzungen der Internationalen Energiebehörde (IEA) bis 2040 um rund 37 Prozent steigen, insbesondere durch eine Zunahme des Verbrauchs in Asien, Afrika, dem Nahen Osten und Lateinamerika.

Dieses Wachstum ist vor dem Hintergrund der in diesen Regionen verbreiteten Energiearmut auch dringend notwendig. Weltweit hatten im Jahr 2013 rund 1,3 Milliarden Menschen keinen Zugang zu Strom, davon allein 620 Millionen in Afrika südlich der Sahara. Zudem hatten etwa 2,8 Milliarden Menschen keinen Zugang zu modernen Kochmöglichkeiten. Dabei ist der Zugang zu Energie für die erfolgreiche Armutsbekämpfung von entscheidender Bedeutung, um wichtige Grundbedürfnisse zu befriedigen und wirtschaftliche Tätigkeiten zu fördern.

Erneuerbare Energien gemeinsam mit verbesserter Energieeffizienz können einen entscheidenden Beitrag leisten, um die Ziele nachhaltiger Entwicklung der 2030-Agenda zu erreichen, auf die sich die Staatengemeinschaft 2015 verständigt hat. Sie sind nicht nur klimafreundlich, sondern auch langfristig am günstigsten, sie fördern wirtschaftliche Entwicklung, schaffen Jobs, erhöhen die Energiesicherheit, vermindern Gesundheitsrisiken, erhöhen die landwirtschaftliche Produktivität und schonen natürliche Ressourcen. So kann Klimaschutz Armut überwinden helfen.

Für Länder des globalen Südens kommt es jetzt darauf an, die Grundlagen zu schaffen, damit ihre künftige Energieversorgung auf erneuerbare Energien zugeschnitten und das fossile Zeitalter übersprungen werden kann („leapfrogging“). In den Pariser Beschlüssen werden daher in Paragraph 38 alle Staaten aufgefordert, bis 2020 entsprechende langfristige Strategien zu entwickeln. Wenn in der Präambel ein „gerechter Übergang“ gefordert wird, dann bedeutet das, dass kohlenstoffarme Entwicklungsstrategien erarbeitet werden sollen, die für die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft, insbesondere die



Keiner soll zurückgelassen werden - das forderte Brot für die Welt mit seinen Partnerorganisationen wie hier die Pacific Conference of Churches gemeinsam mit anderen Vertretern aus dem Pazifik und Nordskandinavien.

Armen, „Win-Win Situationen“ aus Klimaschutz und wirtschaftlicher Entwicklung generieren. Dazu ist im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit neben dem Transfer an Wissen, finanziellen Mitteln sowie Technologie auch die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure unverzichtbar.

Zahlreiche Initiativen, die in Paris auf den Weg gebracht wurden, lassen erahnen, wie eine globale Energiewende gelingen kann - wenn ambitionierte Vorreiter zusammenarbeiten. Einer dieser ist die „African Renewable Energy Initiative“ (AREI). Ziel der AREI ist es, bis 2020 mindestens zehn Gigawatt und bis 2030 300 Gigawatt zusätzliche Kapazität an erneuerbarer Energie im afrikanischen Kontinent aufzubauen. Wie ambitioniert dieses Vorhaben ist zeigt sich daran, dass in ganz Afrika im Jahr 2012 die gesamte Stromerzeugungskapazität bei nur 90 Gigawatt lag. Es geht also um mehr als eine Verdreifachung der bisherigen Kapazität innerhalb von gerade einmal fünfzehn Jahren. In Paris kündigten die G7 an, mindestens zehn Milliarden US-Dollar öffentliche Mittel für diese Initiative bereitzustellen. Deutschland trägt dabei mit etwa drei Milliarden US-Dollar den größten Anteil.

Brot für die Welt befürwortet dieses Vorhaben und wird die Initiative gemeinsam mit Partnerorganisationen aus Afrika kritisch begleiten, damit AREI tatsächlich den Armen zugute kommt und auch die ländlichen Regionen fern aller Elektrizitätsnetze über Insellösungen und Solar-Haussysteme preiswerten und nachhaltigen Zugang zu Energie bekommen.

## 2.2 Klimabedingte Schäden und Verluste

In Paris gelang der vielleicht wichtigste politische Durchbruch im Umgang mit klimabedingten Schäden und Verlusten (Loss and Damage, L&D): Das Abkommen widmet klimabedingten Schäden und Verlusten ein eigenes Kapitel, was nachdrücklich unterstreicht, dass „Loss and Damage“ künftig gleichberechtigt mit den bereits etablierten Themen wie Klimaschutz, Klimaanpassung und Klimafinanzierung behandelt wird. Dass dies nach jahre-

langen vergeblichen Bemühungen und gegen den Widerstand der Entschädigungsforderungen fürchtenden Industrieländer gelungen ist, hat mehrere Gründe:

- Das Bewusstsein um die Zunahme von Klimaschäden sowie die Erkenntnis, dass diese die Ärmsten überproportional treffen, sind weltweit deutlich gewachsen.
- Die kleinen Inselstaaten sowie die am wenigsten entwickelten Länder haben in Paris insistiert, dass das Abkommen Regelungen zum Umgang mit klimabedingten Schäden und Verlusten beinhalten muss.
- Die französische COP-Präsidentschaft hat frühzeitig erkannt und sich dafür eingesetzt, dass das Thema Loss and Damage angemessen berücksichtigt werden muss.

Brot für die Welt und viele Partnerorganisationen haben in Paris im Wissen um die Sorgen der Ärmsten und vom Klimawandel am stärksten bedrohten Menschen den Einsatz für die Berücksichtigung von klimabedingten Schäden und Verlusten in den Mittelpunkt ihrer politischen Gespräche und ihrer Lobbyarbeit gestellt. Die im Pariser Abkommen genannten Lösungen entsprechen in den meisten Punkten den Vorschlägen von Brot für die Welt. Zu den besonders begrüßenswerten Ergebnissen zählt, dass klimabedingte Schäden und Verluste in Artikel 8 als eigenständiger Sachverhalt und nicht nur als Unterthema von Klimaanpassung (Artikel 7) behandelt und ein Bündel von Instrumenten zu deren Bewältigung vereinbart werden;

- dass neben dem Bemühen um ein besseres Verständnis klimabedingter Schäden und Verluste deren Minderung und die Unterstützung der Betroffenen auf der Basis verstärkter Zusammenarbeit und Solidarität angestrebt werden;
- dass die Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel durch die entsprechenden Finanzierungsmechanismen der Klimarahmenkonvention sowie des Abkommens zwar nicht ausdrücklich zugesagt, jedoch implizit in Aussicht gestellt wird;
- dass der Internationale Warschau-Mechanismus als zuständige Institution innerhalb der Klimarahmenkonvention langfristig abgesichert und gestärkt wird;
- dass eine umfassende Liste von Themen festgelegt wird, zu denen der Internationale Warschau-Mechanismus künftig Lösungen entwickeln soll. Diese richten sich verstärkt auf die besonders verletzlichen Länder und umfassen den Ausbau von Frühwarnsystemen und

die Stärkung von Gefahrenabwehr, Notfallvorsorge und weiteren Elementen des Risikomanagements, den Ausbau von Klimarisikoversicherungen und die gezielte Identifizierung und Unterstützung von besonders gefährdeten Gemeinden und Gemeinschaften. Außerdem gehören auch eine stärkere Aufmerksamkeit für nicht ökonomische Schäden (beispielsweise der Verlust von kultureller Identität und traditionellen Lebensweisen) sowie irreparable Verluste wie etwa den Verlust von Land und Heimat beziehungsweise erzwungene Flucht, Umsiedlung und Migration dazu.

Die Pariser Beschlüsse (sogenannte COP Decision), welche die Umsetzung des Abkommens näher regeln, sehen vor, dass der Internationale Warschau-Mechanismus sein bereits 2014 in Lima verabschiedetes Arbeitsprogramm bis Ende 2016 so weit wie möglich umsetzt. Erst nach einer gründlichen Auswertung soll dann ein neues, längerfristiges Arbeitsprogramm beschlossen werden. Besonders wichtig war es den Vertragsstaaten in Paris, dass das Exekutivkomitee des WIM zwei Vorhaben zu Klimarisikoversicherungen sowie zu klimabedingter Vertreibung bereits Anfang 2016 anschiebt:

- Zum einen soll ein sogenanntes Clearinghaus für Risikotransfer eingerichtet werden; also eine Institution, welche als Informationsplattform für Klimarisikoversicherungen und andere Formen des Risikotransfers (zum Beispiel soziale Sicherungsnetze) dient. Sie soll dazu beizutragen, umfassende Risikomanagementstrategien zu entwickeln und umzusetzen.
- Zum anderen soll eine sogenannte Task Force zu klimabedingter Flucht ins Leben gerufen werden, bestehend aus Fachleuten unterschiedlicher Institutionen und Organisationen, um Empfehlungen zu erarbeiten, wie man die Ursachen klimabedingter Vertreibung am besten eindämmen beziehungsweise die Folgen beherrschen kann.

Brot für die Welt bedauert, dass sich die USA, unterstützt von der Mehrzahl der anderen Industrieländer, mit einer Forderung in Paris durchsetzen konnten: Paragraph 52 des Pariser Beschlusses schließt die Nutzung des L&D-Artikels 8 im Abkommen als Grundlage von Haftungs- und Kompensationsansprüchen aus. Diese Ausschluss-Klausel muss jedoch nach Auffassung von Brot für die Welt nicht bedeuten, dass die Durchsetzung von Entschädigungsansprüchen gegenüber Verursachern des Klima-

wandels vor Gericht ausgeschlossen ist. Insbesondere gilt das, wenn die globale Erwärmung auf über 2 Grad Celsius steigt und klimabedingte Schäden und Verluste weiterhin enorm zunehmen. Denn weder hebt die besagte Klausel geltendes nationales und internationales Recht auf, noch schließt sie nach Ansicht der „Legal Response Initiative“ aus, dass sich das Rechtsverständnis innerhalb der Klimarahmenkonvention beziehungsweise des Pariser Abkommens zugunsten kompensatorischer Lösungen weiter entwickelt. Schließlich erkennt das Abkommen explizit die grundsätzliche Verantwortung der Staaten für den anthropogenen Klimawandel ebenso an wie die daraus resultierende besondere Gefährdung.

Nicht nur das Abkommen und die Beschlüsse von Paris lassen hoffen, dass die Industrieländer ihrer Verantwortung gegenüber den von klimabedingten Gefahren betroffenen Menschen endlich gerecht werden. Mit InsuResilience wurde in Paris eine konkrete Initiative auf den Weg gebracht, welche die G7-Staaten bereits bei ihrem Gipfel im Sommer 2015 im bayrischen Elmau angekündigt hatten. Insgesamt 420 Millionen US-Dollar haben Deutschland, Großbritannien, Kanada, Japan, die USA und Italien in Paris zugesagt, damit bis zum Jahr 2020 400 Millionen Menschen aus besonders vulnerablen Staaten Versicherungsschutz gegen Schäden durch Wetterextreme erhalten. Dafür sollen in weiten Teilen Afrikas, der Karibik und Zentralamerikas, dem Pazifik und eventuell auch Südasiens regionale Versicherungssysteme auf- und ausgebaut werden. Diese bieten den Betroffenen zunächst vorwiegend indirekten Versicherungsschutz, indem die Staaten im Katastrophenfall Versicherungsleistungen erhalten und damit schnellere und bessere Hilfsmaßnahmen für ihre Bevölkerung erbringen können. Schrittweise sollen jedoch auch direkte Versicherungsangebote für Gemeinden, Gemeinschaften, Familien oder Unternehmen gemacht werden. Damit auch die Armen Schutz erhalten, die diesen besonders benötigen, sind jedoch nicht aus eigener Kraft leisten können, sind staatliche Hilfen unabdingbar. Deutschland hat bereits 150 Millionen Euro zugesagt.

Brot für die Welt wird die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens im Bereich klimabedingter Schäden und Verluste eng begleiten. Durch die umfangreichen Erfahrungen unserer Partnerorganisationen in den vom Klimawandel besonders betroffenen Gebieten werden laufend wertvolle Erkenntnisse gewonnen, die in den politischen Umsetzungsprozess einfließen können. Dies betrifft unter anderem die Umsetzung des Arbeitsprogramms des Inter-

nationalen Warschau-Mechanismus sowie die Task Force zu klimabedingter Flucht. Darüber hinaus verfügt Brot für die Welt gemeinsam mit der Diakonie Katastrophenhilfe und vielen Partnerorganisationen, die weltweit vor Ort im Klimarisikomanagement tätig sind, über die nötigen Erfahrungen, um dazu beizutragen, dass die Klimarisikoversicherungsinitiative InsuResilience bedarfsgerecht ausgestaltet wird und sie gerade auch die Ärmsten erreicht.

Klimabedingte Schäden und Verluste haben aufgrund der globalen Erwärmung in den letzten Jahrzehnten zugenommen. Das Büro der Vereinten Nationen für Katastrophenprävention (UNISDR) beziffert den Verlust an Menschenleben im Zeitraum 1992 bis 2012 auf 559.000 Verstorbene und das Schadensvolumen auf 1,36 Billionen US-Dollar. Laut dem weltweit tätigen Rückversicherer Munich Re haben sich klimabedingte Schäden seit 1980 vervierfacht. 2014 haben 900 wetterbedingte Ereignisse wirtschaftliche Schäden in Höhe von 100 Milliarden US-Dollar verursacht, wovon 60 Prozent auf Entwicklungsländer entfielen. Die Erhebungen der Versicherungsbranche decken sich mit den Befunden der Klimaforscherinnen und -forscher, die im Sonderbericht des Internationalen Klimarates IPCC zu Extremereignissen (SREX) 2012 urteilen, dass global die Häufigkeit und Stärke von Extremwetterereignissen tendenziell zunehmen. Klimabedingte Katastrophen haben zwischen 2008 und 2013 etwa 140 Millionen Menschen dazu gezwungen, ihr Zuhause zumindest zeitweise zu verlassen – das entspricht 85 Prozent aller Vertreibungen in diesem Zeitraum. Nach einer Studie des Norwegischen Flüchtlingsrates haben die Folgen von Naturkatastrophen im Jahr 2013 22 Millionen Menschen und damit dreimal mehr Menschen um ihr Zuhause gebracht als Konflikte. Das verdeutlicht, dass die Flucht vor dem Klima kein fernes Zukunftsszenario, sondern schon heute Realität ist.

## 2.3 Klimabedingte Flucht

Die Anerkennung klimabedingter Schäden und Verluste im Abkommen sowie die Stärkung des Internationalen Warschau-Mechanismus ist besonders auch für diejenigen Staaten eine gute Nachricht, in denen Menschen



Auf der Flucht vor dem Klima - der Klimawandel zwingt die Ärmsten an vielen Orten der Welt, ihre Heimat zu verlassen.

bereits heute durch die negativen Folgen des Klimawandels zur Migration gezwungen sind.

Zwar ist es im Rahmen der Verhandlungen von Paris nicht gelungen, menschliche Mobilität infolge des Klimawandels so umfassend aufzugreifen, wie das erforderlich wäre: Allein im Jahr 2014 sahen sich über 19 Millionen Menschen in mehr als hundert Staaten gezwungen, aufgrund von Umweltveränderungen und -katastrophen ihre Heimat zu verlassen. Weder das Pariser Abkommen noch die Beschlüsse thematisieren jedoch klimabedingte Vertreibung, Migration oder menschliche Mobilität.

Dennoch kommt der Beschluss, eine Task Force einzuberufen, die sich mit Ansätzen zur Verhinderung klimabedingter Flucht befasst, der Forderung vieler betroffener Staaten und Nichtregierungsorganisationen nahe, eine sogenannte „Displacement Facility“ einzurichten. Welche Empfehlungen die Task Force erarbeitet, ob perspektivisch eine regelrechte „Fazilität“ entsteht und welche Leistungen diese dann erbringt, muss sich im weiteren Diskussionsprozess zeigen.

Brot für die Welt würde es begrüßen, wenn ein Koordinationsmechanismus entsteht, der hilft, die Treiber und Risiken klimabedingter Vertreibung zu identifizieren und Nothilfe, technische Unterstützung oder auch, wo unumgänglich, menschenrechtsbasierte Umsiedlungen unterstützt. Die Nansen Initiative, die sich in den vergangenen drei Jahren im Rahmen eines freiwilligen staatli-

chen Konsultationsprozesses unter Einbezug der Zivilgesellschaft mit genau diesen Aspekten befasst hat, wurde in Paris nicht institutionell aufgewertet. Brot für die Welt wird aber dafür eintreten, dass sich die Task Force die Ergebnisse der Nansen Initiative, ein umfangreiches Kompendium mit Empfehlungen für den Umgang mit klimabedingter Vertreibung, zu eigen macht - nicht zuletzt, weil sich mehr als hundert Staaten den Empfehlungen der Initiative angeschlossen haben.

## 2.4 Menschenrechte

In der Präambel des Pariser Abkommens bekennen sich die Unterzeichnerstaaten zur uneingeschränkten Achtung der Menschenrechte bei all ihren Handlungen, Gesetzen und politischen Entscheidungen, die dem Klimaschutz oder der Anpassung an den Klimawandel dienen. Unter Bezugnahme auf die völkerrechtlich verankerten Respektierungs- und Schutzpflichten der Staaten werden insbesondere die besondere Bedeutung und die spezifischen Rechte einschließlich des Rechts auf Entwicklung derer hervorgehoben, die zeitweise oder ständig vulnerabel und mithin schutzbedürftig sind. Dazu zählt das Abkommen indigene Völker, lokale Gemeinschaften, Kinder, Menschen mit Behinderungen und Migrantinnen und Migranten. Darüber hinaus verpflichtet die Präambel auf die Gleichberechtigung der Geschlechter, die Stärkung und Selbstbefähigung von Frauen und die Gewährleistung von Gerechtigkeit zwischen den Generationen.

Die Verankerung der Menschenrechte im Abkommen von Paris ist ein wesentlicher Schritt hin zu einer menschenrechtsbasierten Klimapolitik. Die ausdrückliche Verpflichtung der Staaten, das Recht auf Leben, angemessenen Wohnraum, Nahrung, Wasser und Gesundheit aller Menschen und insbesondere der Vulnerabelsten zu schützen und zu garantieren, ist ein starker Anker im Abkommen, den es zu nutzen gilt.

Denn mit der Verankerung der Menschenrechte in der Präambel des Pariser Abkommens wird ein Referenzrahmen bestätigt, der die Staaten verpflichtet, schädliche Folgen des Klimawandels abzuwenden, damit diese keine Menschenrechtsverletzungen zur Folge haben. Zugleich müssen die Staaten gewährleisten, dass Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen ihrerseits rechthebasiert erfolgen, niemanden diskriminieren und hinreichende Partizipationsmöglichkeiten beinhalten.



Zusammen mit der ACT Alliance macht Brot für die Welt auf die Leidtragenden des Klimawandels aufmerksam.

Die Bezugnahme auf Menschenrechte ist zugleich ein starkes Bindeglied zu den vielfältigen völkerrechtlich verankerten Mechanismen zum Menschenrechtsschutz. Brot für die Welt wird sich bei der Umsetzung des Pariser Abkommens dafür einsetzen, diese Mechanismen aktiv zu nutzen. Hierzu zählt unter anderem die „Universal Periodic Review“ als ein etablierter Prozess, der die Staaten darauf verpflichtet, gegenüber dem Menschenrechtsrat regelmäßig über die Umsetzung der Menschenrechte im eigenen Land zu berichten und sich einer Überprüfung und Kommentierung zu unterziehen.

## 2.5 Landwirtschaft: Ernährung sichern, Emissionen mindern, CO<sub>2</sub>-Senken schaffen

Kaum ein Bereich wird durch den Klimawandel vor so große und potentiell konkurrierende Herausforderungen gestellt wie die Landwirtschaft. Zum einen sind gerade die geographischen Brennpunkte des Hungers wie etwa Subsahara-Afrika, Südasien und Mittelamerika überproportional stark von Klimaextremen betroffen und mit der globalen Erwärmung nehmen die Risiken für Wasserversorgung und Ernährungssicherheit immer weiter zu.

Gleichzeitig wächst der Druck auf Wälder, Böden und Agrarflächen, nicht nur weniger Treibhausgase zu emittieren, sondern als sogenannte „Senken“ Kohlendioxid auch in erheblichem Maße zu speichern und damit der Atmosphäre zu entziehen. Mehr Nahrungsmittel zu produzieren, mehr Biomasse für die energetische und stoffliche Nutzung als Ersatz für fossile Rohstoffe zur Verfügung zu stellen und zugleich auch noch mehr Kohlendioxid zu speichern, erhöht die Anforderungen für die verfügbare Landfläche und führt zu potentiell mehr Nutzungskonflikten. Dieses Spannungsverhältnis lässt sich im Rahmen des vorherrschenden Modells einer industrialisierten Landwirtschaft nicht lösen. Stattdessen macht der Klimawandel die globale Agrarwende zu einer ökologisch nachhaltigen, bäuerlichen und klimafreundlichen Landwirtschaft unabdingbar.

Zwar beinhaltet das Pariser Abkommen hierfür einige Ansatzpunkte, aber starke Hebel, um die Transformation der Agrarwirtschaft zu beschleunigen, und belastbare Schutzklauseln, um mögliche Nutzungskonflikte wirksam zu entschärfen, fehlen.

Brot für die Welt begrüßt, dass bereits die Präambel ein starkes Bekenntnis für den uneingeschränkten Vorrang der Ernährungssicherheit sowie die Überwindung des Hungers beinhaltet - verbunden mit der Anerkennung der hohen Risiken, die der Klimawandel hierfür birgt. Diese Risikowahrnehmung kommt noch stärker bei der Formulierung des Langfristziels zum Ausdruck: In Artikel 2b wird für die erforderliche Transformation zu einer klimaresilienten und treibhausgasarmen Entwicklung die Sicherstellung einer ausreichenden Nahrungsmittelproduktion deutlich unterstrichen.

Leider wird dieser zentrale und sehr begrüßenswerte Aspekt aber weder im operativen Teil des Abkommens noch in den Pariser Beschlüssen aufgegriffen. Auch sagt die Verpflichtung auf eine ausreichende Nahrungsmittelproduktion in Artikel 2b noch nichts über deren Verteilung, Nutzung oder die Versorgungssicherheit aus - wichtige Aspekte, die wesentlich besser im 1996 völkerrechtlich kodifizierten Konzept der Ernährungssicherheit berücksichtigt werden. Artikel 2b könnte daher auch als Schutzklausel für die klimaschädliche industrielle Landwirtschaft missinterpretiert werden und sich schlimmstenfalls gar gegen die berechtigten Schutzrechte marginalisierter Kleinbäuerinnen und Kleinbauern richten, die oft genug im Zuge der Ausweitung von Plantagenwäldern oder dem großflächigen Anbau von Energiepflanzen vertrieben werden.

Dass das Abkommen die Tür zum Erreichen des 1,5 Grad Celsius-Limits offen hält, ist nicht nur ein großer klimapolitischer Erfolg, sondern zugleich ein wichtiger Schritt zum Schutz der Landwirtschaft in vielen ökologisch anfälligen Agrarzonen der Erde. Schreitet die globale Energiewende jedoch nicht schnell genug voran – was zu befürchten bleibt – lässt sich die Erderwärmung in nahezu allen vom Weltklimarat begutachteten Emissions-szenarien nur dann noch effektiv beschränken, wenn das überschüssige Kohlendioxid der Atmosphäre spätestens in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts wieder entzogen wird. Solche sogenannten Negativemissionen können in großem Maßstab eigentlich nur erreicht werden, wenn es zu großflächigen Aufforstungen kommt und zugleich in erheblichem Maße Bioenergie genutzt wird, wobei das bei deren Verbrennung freigesetzte Kohlendioxid abgeschie-den und entweder gespeichert (CCS) oder industriell wie-derverwertet wird (Carbon Capture & Usage, CCU).

Um den Bedarf an Negativemissionen und das damit verbundene Risiko von Landvertreibungen, Menschen-rechtsverletzungen und einer Gefährdung der Ernäh-rungssicherheit so weit wie möglich einzuschränken, muss der Pariser Ambitionsmechanismus schnellstmöglich seine volle Dynamik entfalten und die Emissionen aus

der Verbrennung fossiler Rohstoffe vor allem in Indust-rie- und Schwellenländern radikal gesenkt werden. Ganz vermeiden lassen sich Negativemissionen realistischer-weise jedoch nicht. Dafür braucht es aber keine Risiko-technologien wie CCS, sondern eine ökologische Agrar-wende, damit sich Böden und Wälder regenerieren und als wirksame Senken auch langfristig Klimaschutzfunk-tion übernehmen.

## 2.6 Und der internationale Luft- und Schiffsverkehr?

In vielerlei Hinsicht ist das Pariser Abkommen ein klima-politischer Meilenstein und erfüllt viele Erwartungen von Brot für die Welt. Das gilt jedoch nicht für die Emissio-nen des internationalen Flug- und Schiffsverkehrs, die weitestgehend ungeregelt geblieben sind. Vor allem die USA, China und Indien haben sich einer Einbeziehung dieser beiden Transportsektoren widersetzt, für die ein besonders schnelles Emissionswachstum kennzeichnend ist. Demgegenüber konnte die EU, unterstützt von eini-



Bei der Negativ-Preisverleihung des „Fossil of the Day“ zeichnete das Climate Action Network während der COP jeden Abend den Klimasünder des Tages aus.

gen der am wenigsten entwickelten Länder, nicht genug Druck aufbauen, um eine Einigung durchzusetzen.

Derzeit machen die Emissionen aus dem globalen Schiffsverkehr sowie aus dem Luftverkehr jeweils etwa zwei bis drei Prozent der globalen Treibhausgasemissionen aus. Ohne deutliche Steigerung des viel zu niedrigen Ambitionsniveaus wird deren Anteil an den Gesamtemissionen bis 2050 auf 17 Prozent (Schifffahrt) beziehungsweise 22 Prozent (Luftverkehr) steigen.

Diese Steigerungen sind nicht kompatibel mit dem Ziel des Pariser Abkommens, in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts Treibhausgasneutralität zu erreichen. Erst recht gilt das, wenn die Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius begrenzt werden soll. Insofern übt das Abkommen einen erheblichen Druck aus, die Emissionen aus dem Flug- und Schiffsverkehr drastisch zu reduzieren - auch ohne

Einigung auf die Einbeziehung derselben in das Abkommen. Damit kommt den beiden mandatierten UN-Sonderorganisationen, der Zivilluftfahrtsorganisation (ICAO) und die Schifffahrtsorganisation (IMO), eine große Verantwortung für die Erreichung des Langfristziels zu.

Brot für die Welt wird die ICAO und die IMO stärker noch als bislang in die Pflicht nehmen und schnelle Erfolge auf dem Weg zur Treibhausgasminde rung einfordern. Gerade der Flug- und Schiffsverkehrssektor bietet großes Potenzial, über Abgaben zu einem gerechten Beitrag zur Klimafinanzierung beizutragen. Abgaben auf Flugtickets oder Treibstoffe sowie Gewinne aus dem Subventionsabbau könnten neben anderen Quellen beispielsweise in die Finanzierung von verbesserter Klimaresilienz und den Schutz vor Klimarisiken fließen.

Mit einem „**Ökumenischen Pilgerweg für Klimagerechtigkeit**“ von Flensburg nach Paris, auf dem die Klimapilgernden vorwiegend zu Fuß und per Fahrrad vorankamen, verbanden Brot für die Welt und die Kirchen Spiritualität und Engagement gegen den Klimawandel.

Neunzehn Trägerorganisationen und engagierte Einzelpersonen sowie Schirmherren und -frauen wie der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm und Karin Kortmann, Vizepräsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, engagierten sich auf den einzelnen Etappen. Brot für die Welt wirkte im Trägerkreis und im Lenkungskreis mit. Fast 1.500 Kilometer legten die Pilgerinnen und Pilger zurück. Insgesamt wurden an die 10.000 Menschen erreicht - als Pilgernde auf dem Weg oder als Teilnehmende bei begleitenden Veranstaltungen. Das Klimapilgern, die globale ACT Alliance-Kampagne „Act Now for Climate Justice“ sowie weitere Kampagnen der globalen katholischen Klimabewegung fanden zum Auftakt der Klimakonferenz in Paris einen gemeinsamen Abschluss. In der Kathedrale St. Denis konnten 1,8 Millionen Unterschriften an Christiana Figueres, Leiterin des Klimasekretariats der UN, stellvertretend für die Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention übergeben werden. Auf Einladung des französischen Präsidenten Hollande wiederholte sich die Übergabe noch einmal im Elysée-Palast. 1,8 Millionen Menschen aus allen Kontinenten forderten in ihrer Petition die Regierungen aller Staaten dazu auf, in Paris ein gerechtes und ambitioniertes Abkommen

zu erzielen, das Menschen und Schöpfung wirksam vor dem Klimawandel schützt und niemanden - auch nicht die Ärmsten - zurücklässt.

Dass Religionsgemeinschaften spirituelle Orientierung geben und Zuversicht in den Wandel zu einer klimaresilienten und kohlenstofffreien Zukunft vermitteln können, verbunden mit klaren politischen Forderungen, davon zeugt die Erklärung von über 150 Geistlichen und spirituellen Führern, die bereits im Oktober durch Cornelia Füllkrug-Weitzel, Präsidentin von Brot für die Welt, und Karin Kortman an Christiana Figueres übergeben wurde.

Brot für die Welt und die ACT Alliance haben in Paris als Beobachter auch an den Verhandlungen selbst teilgenommen. Die ACT Alliance hat den gemeinsamen politischen Auftritt mit dem Lutherischen Weltbund und dem Weltkirchenrat organisiert und Brot für die Welt hat zahlreichen Partnern aus vom Klimawandel betroffenen Ländern die Konferenzteilnahme in einer gemeinsamen Delegation ermöglicht. Gemeinsam haben sich Brot für die Welt und seine Partner und die ACT Alliance für die genannten Vertragsbestandteile eingesetzt: mit mehreren hochrangig besetzten Veranstaltungen, in zahlreichen Gesprächen mit den Verhandlungsdelegationen vieler Staaten, mit konkreten Textvorschlägen, von denen die zu klimabedingten Schäden und Verlusten nahezu unverändert Eingang in das Pariser Abkommen gefunden haben, und in Presse- und Fernsehinterviews.

## Kapitel 3

# Die Umsetzung des Paris-Abkommens – Was jetzt wichtig wird

Das Paris-Abkommen hat die Weichen gestellt, den Klimawandel einzudämmen und zu bewältigen. Der Umstand, dass sich die Staatengemeinschaft geschlossen für ambitionierte Langfristziele ausspricht und die Regierungsoberhäupter der mächtigsten Staaten das Paris-Abkommen auch als persönlichen Erfolg kommunizieren, sendet ein starkes Signal für eine langfristig angelegte Transformation in die Welt.

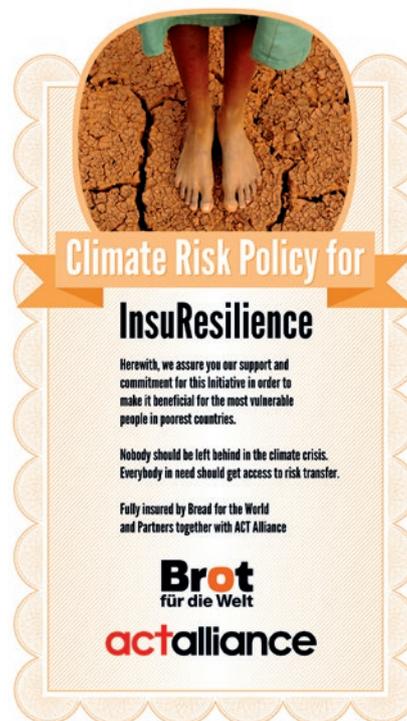
Wie erfolgreich die Transformation verläuft, ob die Ziele des Abkommens erreicht werden und die vereinbarten Mechanismen wirken, hängt stark vom künftigen Ambitionsniveau auf drei miteinander vernetzten Ebenen ab:

- Ambition bei der weiteren technischen Ausgestaltung des Abkommens,
- Ambition bei der Umsetzung des Abkommens auf der nationalen Ebene sowie
- Ambition bei der weiteren Stärkung der internationalen Zusammenarbeit.

## Ambitionierte Ausgestaltung

Das Paris-Abkommen basiert auf dem Konsens aller Staaten. Dass dieser Konsens möglich war, ist auch das Ergebnis der hohen diplomatischen Kunst, ein Vertragswerk zu schaffen, das vielfältigen Interpretationsspielraum lässt. Für eine ambitionierte Ausgestaltung des Abkommens kommt es daher jetzt darauf an, dass Vorreiter die Deutungshoheit erlangen und die technische Ausgestaltung stark beeinflussen. Im Jahr 2016 ist diesbezüglich wichtig:

- die Ausgestaltung des Internationalen Warschau-Mechanismus zu klimabedingten Schäden und Verlusten (WIM-Exekutivkomitee, UNFCCC-Zwischenverhandlungen (Mai, Bonn), Vertragsstaatenkonferenz COP22 (November, Marokko)),
- die Erhöhung der Ambition vor dem Jahr 2020 in puncto Klimaschutz und Klimafinanzierung (Dialogprozess während der UNFCCC Zwischenverhandlungen & COP22) und
- der Beginn der Erarbeitung von Durchführungsbestimmungen unter anderem zu Transparenz, Technologietransfer und Kapazitätsentwicklung durch zu benennende Expertenkomitees und unter Federführung der neuen „Ad Hoc Working Group on the Paris Agreement APA“ (UNFCCC Zwischenverhandlungen & COP22).



Brot für die Welt setzt sich für die erfolgreiche Umsetzung der G7-Initiative InsuResilience ein.

## Ambitionierte Umsetzung auf nationaler Ebene

Das Abkommen verpflichtet alle Staaten, ihre vorläufigen nationalen Klimaziele beziehungsweise Aktionspläne (NDCs) für die Jahre 2021 bis 2025 bis zum Jahr 2020 zu überprüfen, an noch zu vereinbarende, technische Vorgaben anzupassen und möglichst anzuheben. Viele Staaten müssen im Zuge dieses Prozesses planen, wie sie die selbst gesteckten Ziele erreichen können. Das bietet für viele Länder erstmals die Chance auf einen ambitionsorientierten nationalen Dialogprozess, der Klimaresilienz und die Chancen einer treibhausgasarmen Entwicklung zum gesellschaftlichen Thema macht und Transformationsbereitschaft fördert.

Für Brot für die Welt ist im **Jahr 2016** besonders wichtig:

- die Mit-Initiierung eines Dialogprozesses zum nationalen Kohleausstieg in Deutschland;



Die nächsten Schritte zur Umsetzung

- energische Maßnahmen, um das gefährdete deutsche Klimaziel für 2020, den Treibhausgasausstoß gegenüber 1990 um 40 Prozent zu senken, doch noch zu erreichen und die
- Erhöhung der ungenügenden EU-Klimaziele; die Reduktionsziele müssen 2020 auf mindestens 30 Prozent und 2030 auf mindestens 55 Prozent angehoben werden.

- **InsuResilience**, eine G7-Initiative mit dem Ziel, bis 2020 400 Millionen Menschen aus armen Ländern gegen Klimarisiken abzusichern und
- **Africa Renewable Energy Initiative (AREI)**, eine Initiative der Afrikanischen Union in Partnerschaft unter anderem mit den G7 und der EU mit dem Ziel, für die Elektrifizierung Afrikas bis 2020 zehn Gigawatt und bis 2030 300 Gigawatt an Kapazität aus erneuerbaren Energien zusätzlich zu schaffen.

## Stärkung der internationalen Zusammenarbeit

Nur gemeinsam sind die Klimaziele des Pariser Abkommens zu erreichen. Zugleich bietet eine gestärkte Zusammenarbeit zahlreiche Entwicklungschancen und mehr Sicherheit. Um die internationale Zusammenarbeit auf allen Ebenen - politisch, zivilgesellschaftlich und wirtschaftlich - zum Motor einer weltweiten Transformation zu mehr Nachhaltigkeit zu machen, bedarf es **Vorreiterallianzen** unterschiedlicher Akteure. Ihre Innovationen und Erfolge werden Nachahmer finden, das Ambitionsniveau heben und den Wandel beschleunigen. Im **Jahr 2016** wird Brot für die Welt vor allem für eine erfolgreiche Umsetzung von zwei internationalen Initiativen eintreten, die in Paris verkündet worden sind:

- Neben Vorreiter-Allianzen kommt etablierten **internationalen Institutionen** eine besondere Rolle bei der Förderung internationaler Transformationsprozesse zu. In **2016**:
- sollten die **G7** ankündigen, ihrem Dekarbonisierungsbeschluss aus 2015 langfristige nationale Dekarbonisierungsstrategien folgen zu lassen, was den internationalen Prozess zur Vorlage nationaler Treibhausgasreduktionsstrategien fördert;
  - sollten die **G20** den Subventionsabbau für fossile Energien sowie die Bepreisung von Kohlendioxid-Emissionen voranbringen;
  - sollten die **internationalen Finanzinstitutionen (IFIs)** mit ihrem Gesamtvermögen von bis zu drei Billionen US-Dollar sowie die großen nationalen Entwicklungsbanken (in Deutschland **KfW**-Gruppe) einen Strategieprozess beginnen, wie sie das Ziel des Paris-Abkommens erreichen, ihre Investitionen auf Treibhausgasarmut und Klimaresilienz auszurichten.



**Brot für die Welt –  
Evangelischer  
Entwicklungsdienst**

---

Caroline-Michaelis-Straße 1  
10115 Berlin

---

Tel +49 30 65211 0  
Fax +49 30 65211 3333  
info@brot-fuer-die-welt.de  
www.brot-fuer-die-welt.de